„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada ... $2.50
für Ausland ... $3.50
Büros und Druckerei:
1885 Halifax Straße, Regina.

# Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada ... $2.50
to foreign countries ... $3.50
Offices and printing plant:
1885 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 7. Januar 1925 | 12 Seiten | Nummer 9

## Das glückliche Alberta

### Mehr als eine Million Dollars aus seinem liberalen Alkoholgesetz in über sechs Monaten gewonnen

### Steuerverminderungen sind zu erwarten.

Edmonton. — Der Attorney General von Alberta, Brownlee, teilte am Montag mit, daß nun einigermaßen genaue Schätzung des Reingewinnes möglich sei, den die Provinz aus dem Alkoholverkauf seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes gemacht habe. Demnach beläuft sich der Nettoprofit, vom 10. Mai bis 31. Dezember auf $1,134,144. Davon sind $682,160 von den Regierungsstores, $279,464 für Bierscheine, $89,103 für Lizensgebühren und $83,117 für Permits eingekommen.

In Regierungskreisen von Alberta wird darauf hingewiesen, daß infolge dieses glänzenden Resultates mit einer bedeutenden Herabsetzung der Provinzsteuern zu rechnen ist.

* * *

Man kann heute mit Fug und Recht von dem glücklichen Alberta sprechen. Denn jene Provinz erfreut sich nicht nur eines wirklich liberalen Alkoholgesetzes mit Bierausschank per Glas und ohne die verwerflichen Beschränkungen der persönlichen Freiheit, die anderwärts zur Anwendung kommen, sondern hat noch obendrein in kurzer Zeit einen finanziellen Erfolg errungen, der ebenfalls das in Alberta angewandte System vollauf rechtfertigt. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage weiter Farmerkreise in den ausgetrockneten Distrikten des canadischen Westens ist der letztere Punkt mindestens ebenso wichtig wie alle anderen Erwägungen.

Die verantwortlichen Männer von Saskatchewan haben bei Beratung der neuen Alkoholbill schon mehr als einmal betont, daß es dann nicht um große Reingewinne zu tun sei, wenn man auch nicht verlangen könne, daß die Sache mit einer Unterbilanz arbeite. Wir wollen hoffen, daß die Praxis besser wird als die Theorie, die, wohl für die Ohren der Prohibitionisten recht angenehm klingen mag, aber der Provinz wenig nützt. Trotzdem wird das kommende Gesetz in Saskatchewan die Freunde einer möglichst großen persönlichen Freiheit nicht befriedigen. Sie werden stets mit einem gewissen Neid zu den glücklicheren Nachbarn in Alberta hinüberschielen, die sich einer vernünftigen Regelung der Alkoholfrage erfreuen.

## Noch einmal die Einwanderungsfrage

### Ueber 120,000 neue Einwanderer.

Ottawa. — In den ersten 11 Monaten des Jahres 1924 hat die Einwanderung nach Canada sich auf insgesamt 121,685 Personen belaufen, wie aus einem amtlichen Bericht des Einwanderungs- und Kolonisationsministeriums hervorgeht. 56,925 waren Briten. 15,587 kamen aus den Ver. Staaten und 49,173 aus anderen Ländern. Die Gesamtbewegung steht um 9,046 hinter der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Es ist mithin eine Abnahme von 7 Prozent zu verzeichnen. Der Unterschied wird von dem Ministerium damit erklärt, daß im Jahre 1924 die 11,700 britischen Erntearbeiter von 1923 nicht in Rechnung zu stellen waren. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache zeigt die britische Einwanderung sogar eine kleine Zunahme gegenüber 1923.

Die Einwanderung aus anderen Ländern ohne die Ver. Staaten hat eine Zunahme von 6,150 aufzuweisen.

Die Bürger der Ver. Staaten verspürten weniger Lust als früher, nach Canada auszuwandern. Infolgedessen ist die betreffende Ziffer um 3,645 niedriger als im Vorjahr. Dagegen hat die Rückwanderung von Canadiern aus den Ver. Staaten, die sie, sechs Monate oder länger gelebt haben, eine stattliche Zahl ergeben. In acht Monaten, über die bis jetzt genaue Angaben gemacht werden können, sind insgesamt 34,152 Canadier nach Canada zurückgekehrt.

* * *

Diese statistische Zusammenstellung ist schön und gut, aber sie ist doch unvollständig; denn ebenso interessant wie die Einwanderungsziffern sind die Zahlen für die Auswanderung aus Canada. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß auch diese Bewegung in nicht geringem Maße im Gange war. Es sind nicht immer oder nicht in der Hauptsache die alteingesessenen Canadier, die dieses Land verlassen, sondern solche, die erst kürzere Zeit, erst ein oder zwei Jahre hier zugebracht haben. Uns sind selbst genügend Fälle von solchen bekannt, die durch übertriebene Versprechungen von interessierten Stellen nach Canada verlockt worden sind, ohne daß ihnen irgendeine Anstellungsmöglichkeit geboten würde. Nicht selten sprechen deutsche Einwanderer in unserer Redaktion vor und schildern das Elend, in das sie von gewissenlosen Einwanderungsagitatoren hineingeführt worden sind. Trotz der strengen Verbote verschiedener provinzialer Regierungen scheint in einzelnen Ländern eine nicht zu überbietende schwindelhafte Propaganda für Canada betrieben zu werden, die in Wirklichkeit unserem neuen Lande mehr schadet als nützt. Man kann diese Tätigkeit nur als das Werk kurzsichtiger und profitgieriger Kreise bezeichnen, die sich wohl in der Regel gar nicht darüber klar sind, wie sehr sie das Ansehen Canadas untergraben. Denn alle Einwanderer, die in das Land kommen, ohne hier sofort Arbeit und Verdienst vorzufinden, werden entweder möglichst schnell wieder in ihr Heimatland zurückwandern oder mindestens in Briefen, die vielfach noch an europäische Zeitungen adressiert werden, ihre traurige Lage darlegen und vor jeder weiteren Auswanderung nach Canada alle ihre Volksgenossen dringend warnen. Die naturgemäße Folge ist, daß Canada ohne jeden vernünftigen Grund in einen schlechten Ruf gerät und daß dadurch wirklich gute Kräfte von unserem Lande ferngehalten werden.

Um diesen Mißstand zu beseitigen, sollte ein canadisches Gesetz geschaffen werden, das jeden, der einen Einwanderer ohne feste Anstellung hereinkommen läßt, zur Bezahlung der Rückreisekosten nach dem Ausgangsland des Einwanderers verpflichtet.

Man komme uns nicht mit Einwänden, die an die alten Pionierzeiten erinnern. Die Welt ist nicht stehen geblieben und die Menschen sind seit dem Weltkrieg sich mehr als je ihrer Menschenwürde bewußt geworden. Will Canada sich nicht auf die moderne Zeit und auf die modernen Ansprüche des Einwanderungswesens einstellen, dann wird es niemals zu jener Entwicklung gelangen, die gerade jetzt von neuem einsetzen sollte.

## Wheat Pool und europäischer Getreidemarkt

### Anknüpfung von direkten Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten

Der „Courier" hat von der Poolleitung in Winnipeg folgende Notiz erhalten:

In der Entwicklung des Poolgedankens ist ein weiterer Schritt vorwärts unternommen worden. Der darauf abzielt, eine direkte Verbindung zwischen dem Produzenten und Konsumenten herzustellen. D. L. Smith, der Handelssachverständige der Canadian Co-operative Wheat Producers Limited, welche die zentrale Verkaufsagentur der Wheat Pools von Saskatchewan, Alberta und Manitoba darstellt, fährt am 8. Januar nach Europa ab. Der Hauptzweck seiner Reise ist die Ausdehnung und Entwicklung der Getreideexportgeschäft. der United Grain Growers' Ltd. vor. Er besitzt daher die nötigen Fähigkeiten, um die Interessen des Pool in dieser Hinsicht wahrzunehmen.

Während der vier Monate, seit denen die Pools sich vereinigt haben, sie nach Auffassung der Winnipeger Hauptstelle einen starken Einfluß auf die Weltweizenlage ausgeübt. Die europäischen Handelszeitungen interessieren sich für diesen neuen Faktor, der auf dem Markte aufgetaucht ist. Die Zeit ist daher reif für eine weitere Ausdehnung der Poolstätigkeit, auf dem Ausfuhrgebiet.

Bevor D. L. Smith seine Pflichten als Leiter der Verkaufsabteilung der vereinigten Pools übernahm, war er dem Getreideexportgeschäft der United Grain Growers' Ltd. vor. Er besitzt daher die nötigen Fähigkeiten, um die Interessen des Pool in dieser Hinsicht wahrzunehmen.

## Präsident Ebert über die Räumungsfrage

### Die Wahl des deutschen Reichsoberhauptes wirft ihre Schatten voraus.

Berlin, 5. Jan. — Die deutschen Rückblicke auf das verflossene Jahr und die Aeußerungen über die Aussichten im neuen Jahr werden fürchtweg von der Erörterung beherrscht, welche die Weigerung der Alliierten, Köln am 10. Januar zu räumen, in ganz Deutschland hervorgerufen hat. Während inbezug auf das verflossene Jahr zugegeben wird, daß es für wirtschaftlicher und sozialer Beziehung Besserungen gebracht habe, wird inbezug auf die Zukunft betont, daß im Hinblick auf die Wendung der Dinge nicht mit einer unmittelbaren Fortdauer in der Besserung der Lage nach innen und nach außen zu rechnen sei.

So sagte Präsident Ebert zu einer Delegation von Ministern, welche ihm unter der Führung des Kanzlers Dr. Marx ihre Neujahrswünsche aussprachen, folgendes:

„Das verflossene Jahr war für unser hartgeprüftes Vaterland, trotz mancher ein Jahr fortschreitender Gesundung und innerer Festigung, in dem unsere Währung, unsere Staatsfinanzen und unser Wirtschaftsleben von den üblen Wirkungen der Inflationsperiode befreit wurden und eine sichere Grundlage erhielten. Nach meiner Meinung sei das Land dem Kanzler Marx und seinem Kabinett für die in dieser Hinsicht errungenen Verdienste Dank und Anerkennung schuldig, da es Deutschland der Energie und Ausdauer der Regierung zuschreiben müsse, wenn trotz aller Schwierigkeiten ein Schritt vorwärts gemacht worden sei.

Inbezug auf die Räumungsfrage sagte der Präsident: „Ohne Unterschied der Parteien sind heute die Deutschen überall einig in dem Gefühl bitterer Enttäuschung und in dem Bewußtsein einer neuen und peinlichen Ungerechtigkeit. Unter Vorbehalten, welche wir noch nicht kennen und daher auch noch nachprüfen können, von deren Unhaltbarkeit wir aber alle seit überzeugt sind, sollen wir, des einzigen Vorteils beraubt werden, der uns noch zu einem untragbar niederdrückenden Vertrag gelassen worden war, der Räumung des besetzten deutschen Gebiets. Diese damit geschaffene Lage ist um so unerträglicher, weil Deutschland inmitten eines von Waffen starrenden Europas das einzige entwaffnete Land sei.

Der Neujahrswunsch Deutschlands sei, so fügte Ebert hinzu, daß der Geist der Gerechtigkeit und Versöhnung unter den Nationen über die Ideen der Macht und Gewalt siegen werde, und daß die deutschen Bürger am Rhein und an der Ruhr ihr Recht und ihre Freiheit erhalten sollen.

Um die Mittagsstunde empfing Präsident Ebert das gesamte diplomatische Korps. Alle Chefs der auswärtigen diplomatischen Missionen in Berlin waren anwesend, und ihre guten Wünsche zum neuen Jahre wurden von dem päpstlichen Nuntius Pacelli zum Ausdruck gebracht.

Professor Willy Hellpach, der Ministerpräsident von Baden, hat in einer von ihm veröffentlichten Erklärung darauf hingewiesen, daß im kommenden Jahr zum ersten Mal ein Reichspräsident durch Volksabstimmung gewählt werden müsse, und führte darüber folgendes aus:

„An diesem Neujahrstag überschreitet Deutschland die Schwelle, die von der ernstesten Bedeutung für die Nation ist, da das Jahr 1925 den Beweis erbringen muß, ob unser Volk die Eigenschaften hat, welche für eine demokratische Regierung nötig sind." Hellpach gibt zu, daß die Reichstagswahlen im Mai und Dezember ernste nationale Hindernisse auf dem Weg einer reinparlamentarischen Regierung geschaffen hätten, und erklärt, daß die deutsche Wählerschaft eine entscheidende Prüfung für ihre politische Reife bei der kommenden Präsidentenwahl bestehen müsse: „Wenn das deutsche Volk sich dieser Prüfung im Mai gewachsen zeigt," so fährt er fort, „dann wird das Tor zu einer positiven politischen Zukunft Deutschlands offenstehen."

Die kommende Präsidentenwahl übt bereits ihren Einfluß auf die parlamentarische Regierungskrisis aus, da die Frage aufgeworfen worden ist, welche politische Stellung Präsident Ebert in der Zukunft einnehmen werde. Während von vielen Seiten befürwortet wird, daß er wieder in den Reichstag eintreten sollte, und zwar als möglicher Kandidat für den Kanzlerposten, wird von anderen die Forderung vertreten, daß er wieder zum Präsidenten gewählt werden sollte, unter dem Hinweis, daß ihm aus den Reihen der Sozialisten, der Demokraten und der rein bürgerlichen Parteien eine große Mehrheit sicher wäre.

Die Bewegung, Ebert im Amt zu halten, hat ihren festen Halt in den Kreisen, welche dagegen sind, daß Kanzler Marx für die Präsidentschaft vorgeschoben werden soll, ein Schritt, auf den Sozialisten, Demokraten und Zentrum hinzuarbeiten scheinen. Die Gegner von Marx heben hervor, daß er mit seinen 62 Jahren für das Amt eines Reichspräsidenten zu alt sei und geben auch der Befürchtung Ausdruck, daß durch seine Kandidatur religiöse Fragen mit der Wahl verquickt werden würden, ein Umstand, der bei der ersten Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk auf alle Fälle zu vermeiden sei.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß Ebert bereits die Unterstützung der Stresemannschen Volkspartei zugesichert worden sei, wenn er wieder für sein Amt kandidieren sollte. Der Befund des Magdeburger Gerichtshof, vor welchem Ebert in dem von ihm angestrengten Beleidigungsprozeß weisen Formellen Sieg errang, aber wegen seiner Haltung im Munitionsstreik 1918 als Verräter gebrandmarkt wurde, wird von den Freunden des Reichspräsidenten benutzt, um ihn zur Kandidatur zu drängen und so eine Rechtfertigung gegen diesen Vorwurf durch das Volk zu suchen.

Die Deutschnationalen haben noch keinen Kandidaten für die Präsidentschaft im Feld, doch haben die von General Ludendorff geführten Völkischen bereits ein Manifest erlassen, in welchem gegen die Wiederwahl Eberts Front gemacht wird.

## Gefährdung des Dawesplans

### Infolge Nichträumung der Kölner Zone.

#### Dr. Stresemann über die deutsche Abrüstung.

Berlin, 5. Jan. — Der deutsche Auswärtige Minister Dr. Stresemann empfing die hiesigen Pressevertreter und Berichterstatter und erklärte, daß die Weigerung der Alliierten, die Kölner Zone an dem durch den Versailler Vertrag festgelegten Datum zu räumen, den vollständigen Bankerott aller deutschen Politiker und Parteien bilde, welche seinerzeit für die Annahme des Dawes-Planes gestimmt haben. Die innere Beruhigung Deutschlands sei durch diesen Willkürakt der Entente gefährdet, dem Chauvinismus neue Nahrung zugeführt worden.

„Wenn es bei dem Beschluß der Alliierten bleibt," fuhr der Minister fort, „dann wird der Dawesplan einfach zu einem finanziellen und wirtschaftlichen Plan für die Reparationsleistungen werden, aber nicht das sein, was von ihm eigentlich erwartet worden ist, nämlich der Beginn einer neuen Friedensära in Europa.

Der Minister stellte mit aller Entschiedenheit fest, daß Deutschland die Entwaffnung durchgeführt habe, und brandmarkte die Weigerung der Alliierten, Köln zu räumen, als einen offenen Bruch des Versailler Vertrages.

Die Frage der Sicherheit, welche im Artikel 429 des Versailler Vertrags berührt wird, bezieht sich nach Stresemanns Auffassung auf Maßnahmen, die nach der ganzen Räumungsperiode in Frage kommen könnten, aber was die Abrüstung selbst angehe, so stehe die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß sie voll jedem etwaigen militärischen Sachverständigen als vollständig und allgemein bezeichnet werden müsse. Zudem verstoße es gegen den Geist des Versailler Vertrags, wenn immerhin mögliche kleinere Verstöße zum Vorwand für die Räumungsverweigerung gemacht würden. „Hätten wir tatsächlich nicht abgerüstet, dann hätte die ganze feindliche Presse schon längst ein Geheul angestimmt," sagte der Minister.

Er forderte die Veröffentlichung des Wortlautes des Berichts der Kontrollkommission, damit Deutschland öffentlich antworten könne, und erklärte, die durch die Wendung der Dinge geschaffene Lage könne nur dadurch wieder gut gemacht werden, daß die Alliierten

**den Verhandlungsweg mit der deutschen Regierung beschreiten,**

statt einfach Beschlüsse zu diktieren. Wenn die wenigen Rechte, welche uns neben den unzähligen Verpflichtungen des Vertrags verblieben sind, nicht geachtet werden, dann würden dem Bolschewismus der Rechten und der Linken wiederum die Türen weit geöffnet und die Aera des Einverständnisses wird wiederum dem Mißtrauen und der Feindseligkeit Platz machen," sagte der Minister.

Inbezug auf die Forderung der Kontrollkommission, daß gewisse Fabriken ihre Ausstattung ändern oder ganz niedergelegt werden sollten, sagte Stresemann: „Die in Frage kommenden Werke sind mit Friedensarbeiten beschäftigt und führen zum Teil auch Aufträge für die Ver-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

**Zum neuen Jahre**
gehört auch
**ein neuer Kalender**

Für die deutschcanadischen Familien eignet sich am besten der „Deutschcanadische Hausfreund" (Courierkalender für 1925)

Preis: 50 Cents portofrei.

Bestellen Sie ihn sofort und schreiben Sie zu diesem Zwecke an

„Der Courier"
1835 Halifax Str., Regina, Sask.

## Ein ernstes Wort an alle rückständigen Abonnenten

Wir können im allgemeinen mit Befriedigung feststellen, daß unsere Leser in den letzten Monaten sich große Mühe gaben, ihre Courierschulden in Ordnung zu bringen, und wir danken allen jenen, die ihre Abonnementsbeträge an uns eingesandt haben. Leider gibt es aber immer noch andere, die ihre Rückstände nicht bezahlt haben, obwohl sie von uns durch Rechnungen und durch allgemeine Aufrufe in der Zeitung dazu aufgefordert worden sind. Daher richten wir einen letzten Appell an diese sämmigen Zahler, doch in den nächsten Tagen ihr Courierabonnement zu ordnen. Der gelbe Zettel auf der Zeitung sagt jedem, wie weit er rückständig ist.

Im letzten Winter haben wir mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Damals hin verkündeten wir, daß wir die rückständigen Leser von der Liste streichen würden. Manche hielten das nur für eine leere Drohung und kümmerten sich nicht darum, bis wir Ernst machten und tatsächlich mit dem Streichen anfingen. In den letzten Wochen haben viele von den gestrichenen Lesern ihre Schulden doch noch bezahlt, weil sie es nicht länger mehr ohne den Courier aushalten konnten. Wir sind leider gezwungen, heuer wieder zu demselben Mittel zu greifen, wenn nicht alle vernünftigen Leser ihre Zeitungsschulden begleichen. Wer trotz dieses Appells weiter im Rückstande verharrt, wird von der Leserliste gestrichen, obwohl wir nur sehr ungern unsere Abonnentenzahl verringern. Es bleibt uns kein anderer Ausweg übrig. Es mag für manchen eine recht bittere Ueberraschung sein, wenn eines Tages der „Courier" nicht mehr ins Haus kommt, aber es ist nicht unsere Schuld.

Wir wissen sehr wohl, daß einige Distrikte infolge großer Dürre eine vollständige Mißernte hatten. Wir verstehen auch, daß es dort manchen alten Courierlesern sehr schwer fällt, ihr Abonnement in Ordnung zu bringen. Wenn sie uns nicht die vollen Beträge einsenden können, so mögen sie wenigstens durch Einsichten von Teilbeträgen ihren guten Willen beweisen. Dann sind wir gerne bereit, bis zur nächsten Ernte nochmal ein Auge zuzudrücken. Wer sich aber gar keine Mühe gibt, seine Zeitungsschuld zu bezahlen, kann auch von uns keine weitere Nachsicht erwarten.

## Deutsches Interesse für canadisches Holz

Ottawa. — Wie der Handelskommissär L. D. Wilgraß in Hamburg im „Commercial Intelligence Journal" mitteilt, beschränkt sich zu nächst der Kauf von canadischem Holz für den deutschen Markt hauptsächlich auf die Douglasfichte von British Columbia. Den führenden deutschen Einfuhrhäusern sei diese Holzart gut bekannt, da sie namentlich für den Schiffsbau Verwendung gefunden habe. Wenn auch die Nachfrage der deutschen Schiffswerften nach der Douglasfichte in der nächsten Zeit wahrscheinlich nicht besonders groß sei, so sei doch zu erwarten, daß größere Mengen dieses Holzes eingeführt würden als Ersatz für die „pitch pine" aus den südlichen Staaten und zwar für allgemeine Bauzwecke. Da die „pitch pine" kostspieliger werde, wollten sich nun die deutschen Holzimportfirmen andern Holzarten zuwenden und suchten aus diesem Grunde Beziehungen mit Exporteuren an der Küste des Stillen Ozeans anzuknüpfen in der Hoffnung, das Geschäft mit britisch-columbischer Douglasfichte lebhafter gestalten zu können. Die Entwicklung des Panama-Schiffahrtsweges erleichtere die Entsendung von kleineren Holzlieferungen von der pazifischen Küste nach Deutschland und ermögliche regelmäßige Zufuhren.

## Aelteste Frau gestorben

Walberberg, Rheinland, 5. Januar. — Frau Bertha Stübbler, Deutschlands älteste Frau, ist hier im Alter von 106 Jahren gestorben. (Walberberg ist ein Dorf von etwas über 1300 Einwohnern im Landkreis Bonn.)

## Saskatchewan Legislatur wieder in Tätigkeit

Regina. — Die Abgeordneten der Legislatur, haben nach den Weihnachts- u. Neujahrsferien am Dienstag wieder ihre Tätigkeit aufgenommen, die namentlich in der Annahme der letzten Bestimmungen des neuen Alkoholgesetzes bestehen wird. Ferner wird Premier Dunning sein Provinzialbudget einbringen, worauf sich voraussichtlich eine längere Debatte anschließen wird.

## Kommunistische Propaganda im französischen Militär.

Lille, Frankreich, 5. Jan. — Eine kommunistische Proklamation war innerhalb der Kasernenmauern der Garnison angeschlagen. Die Militärbehörden ordneten eine Untersuchung der persönlichen Habe sämtlicher Soldaten an und zwei Mann, in deren Kleidergepäck kommunistische Flugschriften gefunden wurden, sind zu disziplinarischen Strafverfahren festgehalten worden.

## Schwere Stürme in England

London, 5. Jan. — Ueber England rast ein furchtbarer Sturm hinweg, der vierte in sechs Tagen und seit den letzten 31 Jahren wohl der schlimmste. Im ganzen Lande richtete das entfesselte Element große Verheerungen an, während im Themsetale gewaltige Ueberschwemmungen verursacht wurden. Die meisten Landstraßen stehen unter Wasser und können nur mit Booten passiert werden.

## Postskandal in den Ver. Staaten.

Washington, 5. Jan. — Sechs verantwortliche Angestellte des Postamt-Departements in ebenso vielen Städten des Landes wurden von ihren Aemtern suspendiert, ein Angestellter des Senats-Postoffice-Komitees wurde entlassen und der Clerk des Komitees vom Repräsentantenhause des Kongresses für Postamts-Angelegenheiten erachtete es für notwendig, sie seine Resignation einzukommen. Dies alles war das Ergebnis und die Folge einer Untersuchung betreffs Verwendung von Geldmacht Beeinflussung in Sachen der Vorlage für Erhöhung der Saläre der Angestellten des Postamts Departements und der Erhöhung der Postraten in gewissen Fällen. Die suspendierten Postbeamten gehören als Mitglieder des Legislatifkomitee der National Association of Postal Supervisors an. Einige derselben nahmen hervorragende Aemter im Postamts-Departement ein.

## Neue Unruhen in Italien.

Rom, 5. Jan. — Das neue Jahr begann in Italien mit zunehmenden Unruhen und vereinzelten Zusammenstößen zwischen den Faszisten und ihren Gegnern. In Genzano töteten Faszisten Karabinerie zwei Kommunisten, in Florenz zertrümmerten Anhänger der Regierung eine Zeitungsanlage. Sie zerstörten auch die Freimaurerloge und wollten das Gefängnis stürmen, um dort festgehaltene Faszisten zu befreien.

Mit jedem Ausbruch erhöhen sich die Schwierigkeiten für das Ministerium Mussolini. Die Regierung verbot alle Faszisten-Umzüge und Versammlungen, auch eine geplante Zusammenkunft hier am Sonntag.